

Die evangelische Politik der Reichsstadt Hall vom Augsburger Reichstag 1530 bis zum Eintritt der Stadt in den Schmalkaldischen Bund

Von Kuno Ulshöfer

Karl Schumm zum 70. Geburtstag

In der bisherigen Forschung wurde, wenn es um das Verhältnis der Reichsstadt Hall zum Schmalkaldischen Bund ging, immer nur mehr oder weniger lapidar festgestellt, daß die Stadt Hall zusammen mit Heilbronn im Jahre 1538 dem Bündnis beigetreten sei. Gelegentlich war von einem Beitritt im Jahr 1532 die Rede, in dem anlässlich einer Tagung in Schweinfurt tatsächlich eine Annäherung an die verbündeten Protestanten zustande gekommen war. Jedoch wurde das Eintrittsdatum 1538 nie ernsthaft angezweifelt. Bereits seit 1536 pflegte die Stadt intensivere Verhandlungen über einen Beitritt zum Schmalkaldischen Bund ¹⁾. Es war allen Beteiligten von vornherein klar, daß es bei der Angehörigkeit zu dem evangelischen Bund nicht nur um eine Religions- und Glaubensangelegenheit, sondern ebenso um eine praktisch-politische Sache ging, die bei der Vereinheitlichung und Integrierung des reichsstädtischen Territoriums eine große Rolle spielte ²⁾. Schon aus diesem Grunde wird es kaum die alleinige Entscheidung des Reformators Johannes Brenz gewesen sein, die den Beitritt der Reichsstadt so lange verzögerte ³⁾.

Auf welche Weise und mit welchem Engagement ist die Haller Regierung tätig geworden? Können wir darüber fundierte Aussagen machen, wo doch immer wieder die Quellenarmut zu diesem Problemkreis beklagt wird? Es gibt eine Quellengattung, die Aufschlüsse ermöglicht: die Haller Steuerrechnungen, vierteljährliche Einnahmen- und Ausgabenverzeichnisse. Dort sind z. B. die Besoldungen der Botenläufer unter der Angabe des Ortes und des Betreffs der Botschaft aufgezeichnet. Wenn es 1530/31 etwa heißt: „Hans Sandeln gen Speyer von dannen gen Franckfurt des ewangeliums halber“, so ist heute nicht mehr der Entstehungszweck des Bucheintrags, die paar Gulden Reise- und Übernachtungskosten wichtig, sondern die durch den Eintrag dokumentierte Beziehung: „Hall-Speyer“ und „Hall-Frankfurt“. Weitere Details erfahren wir aus der Rechnungsrubrik „Verritten“, in der die Reisekosten der hällischen Beamten und Räte verzeichnet sind ⁴⁾. Eine andere, bisher kaum beachtete Quelle zum Thema sind die Reichstagsakten im Haller Stadtarchiv, auf die erst Georg Lenckner aufmerksam gemacht hat ⁵⁾. Unter diesen Archivalien befinden sich nicht nur Brenz-Autographen, sondern auch politische Korrespondenzen der Stadt Hall sowie Verhandlungsakten von verschiedenen Tagungen.

Diese Quellen geben uns genügend Hinweise auf die Haller Ratspolitik.

War Hall, so befragen wir sie, wirklich an den zahllosen Verhandlungen uninteressiert und unbeteiligt, wie wir es nach der Lektüre der meisten Darstellungen vermuten? Haben die Haller Ratsherren keine Abgeordneten auf die Bundestage und Konferenzen geschickt, wie es scheint, wenn man die entsprechenden Abschiede liest, in denen Hall kaum einmal erwähnt wird? Oder können wir jetzt nicht doch Beziehungen aufdecken, die Rückschlüsse auf die evangelische Politik der Stadt zulassen? Bei welchen Verhandlungen war Hall beteiligt, bei welchen nicht — und was läßt sich daraus folgern?

Im Anschluß an den Speyrer Reichstagsabschied von 1529, den die Haller unterschrieben hatten, setzte eine hektische Politik der Protestierenden mit unzähligen Konferenzen und Tagungen ein. Am Tag der Publikation des Reichsabschieds (22. 4.) schlossen Kursachsen und Hessen sowie die drei oberdeutschen Reichsstädte Straßburg, Nürnberg und Ulm ein geheimes Bündnis zur Verteidigung des Glaubens ⁶⁾: die Keimzelle des Schmalkaldischen Bundes, dem Nürnberg allerdings dann nicht angehörte. An eine Teilnahme der Reichsstadt Hall war damals noch nicht gedacht.

Hall hatte sich 1529 der Speyrer Protestation nicht angeschlossen. Die Stadt war auch bei den Verhandlungen der uneinigen Protestanten (Gegensatz Melanchthon-Zwingli) nirgendwo offiziell beteiligt, noch wurde sie zu dem ersten Treffen in Schmalkalden (28. 11. bis 4. 12.) eingeladen. Gleichwohl war der Haller Rat von den gesamten Vorgängen unterrichtet, da er mit Nürnberg — der Stadt, der er sich in diesen Jahren meistens anschloß — dauernde Verbindung hielt. Der Haller Stättmeister Anthoni Hoffmeister stand mit dem Nürnberger Stadtschreiber Lazarus Spengler in Briefwechsel, und Spengler gehörte zu den aktiven Mitarbeitern des ursprünglichen Bündnisses; er hatte den ersten Text eines evangelischen Verteidigungsbundes ausgearbeitet. Zudem weilte der Haller Ratsherr Christoffel Has nach Auskunft der Steuerrechnungen Ende 1529 selbst in Nürnberg; er wollte sich erkundigen, „wie es zu Wien steh“, wollte sich über den Erfolg der Gesandtschaft unterrichten, die in Wien gegen den Reichsabschied appellierte ⁷⁾. Dieser Schritt läßt erkennen, daß sich Hall, wenn nicht zum Speyrer Bündnis, so doch zur Speyrer Appellationsgemeinschaft bekannte, jedoch ohne klare Stellung zu beziehen. Überhaupt war die Haltung des Haller Rates wenig eindeutig, wie sich noch zeigen wird.

Auf den Bundes- und Städtetagen des Schwäbischen Bundes, die im Herbst 1529 in Ulm und in Esslingen stattfanden und die Hall nachweisbar beschickte ⁸⁾, kamen die Haller mit den wichtigsten Städten zusammen, solchen, die auch nach Schmalkalden eingeladen waren: Ulm, Reutlingen, Memmingen, Isny und Biberach. Die Ulmer Gesandtschaft nach Schmalkalden verließ ihre Stadt am 16. 11. 1529 und verhandelte vom 22. 11. bis 23. 11. in Nürnberg; ganz gewiß hat der kurz zuvor in Ulm weilende Michel Schletz mit Bernhard Besserer und Daniel Schlaicher, den Ulmer Vertretern in Schmalkalden, die gemeinsamen Probleme besprochen.

Das einzige Treffen der protestierenden Fürsten und Städte vor dem Augsburger Reichstag, das an Dreikönig 1530 in Nürnberg stattfand, besuchte Hall ebensowenig wie den Städtetag der Protestierenden in Biberach um die Jahreswende. Vor dem Reichstag zu Augsburg korrespondierte Hall

mit Lazarus Spengler in Nürnberg sowie mit Nördlingen. Diese beiden Städte hatten zwar die Speyrer Protestation angenommen, waren aber zu einer nachgiebigen Haltung dem Kaiser gegenüber bereit — Nördlingen erkannte den Abschied sogar förmlich an. Eine solche Haltung kam den Ansichten der Haller sehr gelegen.

Auf dem Reichstag selbst war Hall außerordentlich gut vertreten: beide Stättmeister, Michel Schletz und Anthoni Hoffmeister, waren anwesend — einmal 11 Wochen lang, dann nochmals 48 Tage lang; weiter weilten dort der Ratsherr Christoffel Has und der Haller Stadtschreiber B. Nüttel (für 5 1/2 Wochen) sowie Philipp Schletz und der Schreiber Herman Hoffmann. Auch Johannes Brenz war in Augsburg: als Ratgeber des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Daß Brenz auch die Haller Stättmeister beriet und Berichte und Gutachten an den Rat schickte, damit hatte man in Hall sicherlich gerechnet. Es war Brenz, der den Hallern schrieb, sie sollten einen Abschied, „der die warheit gotlichs worts verpieten wurde“, nicht annehmen. Dagegen müßte man protestieren und an ein künftiges Konzil appellieren — von dem Brenz allerdings bereits 1530 glaubte, daß es „vileicht nimermer“ käme. Er besprach mit Hall die einzelnen Augsburger Abschiedsparagraphen und empfahl mit der Begründung mangelnder Sachkenntnis, keinen Beschluß zu fassen: „und ob sie wol mancherlei horten von diser oder ihenner parthey, nach dem ein igklicher sein meynung auf das best furbrecht, so kundten sie doch alle darin nach irm einfeltigen verstand nichtz beschlusslichs urtailn“, obwohl sicher einzelne Ratsmitglieder „in des glaubens sachen verstendig“ seien. War das Ironie? In einem Bried aus Augsburg an seinen Freund, den Haller Michaelspfarrer Eisenmenger, vom Juni 1530⁹⁾ schrieb er: „niemals stand es um die deutsche Sache gefährlicher (pericolosior)“, und er fährt fort, „et mei Halenses securi stertunt, oscitantes vivunt — und meine Haller schnarchen in Sicherheit, schlafen mit offenen Augen — o tempera, o mores“.

Hall hat auf den Rat von Johannes Brenz — der den städtischen Intentionen sehr entgegenkam — den Augsburger Abschied nicht angenommen: „Die von Hall haben sich uff disen reichstag mit keiner parthey unterschriben, sondern sich uff das zukunfftig concilium beruffen und furterhin wie bis anher das evangelium bey inen predigen lassen, dan der Prentz, ir predicant, inen den harnisch wol gefegt, das sie sich zu Speir mit den bābstlern unterschriben“, so der zeitgenössische Haller Chronist Herolt¹⁰⁾. Dies die eine Seite; andererseits nahm Hall auch die Augsburger Konfession nicht an — im Gegensatz zum Vorbild Nürnbergs und gegen Brenzens Meinung, der in einem Privatbrief schrieb: „Ich denke, sie werden jedenfalls die Confession unterschreiben“¹¹⁾. Sie unterschrieben nicht. Hier kommt wieder die ambivalente Haltung der Haller heraus: sie ließen das eine und taten das andere nicht¹²⁾. Da wir nach den Steuerrechnungen in dieser Zeit eine Verbindung nach Frankfurt „des ewangeliums halben“ feststellen können, ist es möglich, daß man in Hall in dieser Frage mit Frankfurt zusammenging. Die Wankelmütigkeit der Haller fiel übrigens schon den Zeitgenossen auf; in Nürnberg hieß es einmal: „Gleichwohl sei Hall sehr wankelmüttig, man wisse nicht, was es thun werde.“

Die starre Haltung des Kaisers und der Reichstagsmehrheit in Augsburg

trieb die stagnierende Bündnispolitik der Protestierenden erneut an. Ein zweiter Tag in Schmalkalden sollte sogleich das Verhältnis zu Kaiser und Reichstagsmehrheit sowie das eigentliche Verteidigungsbündnis zum Inhalt haben. Die Stadt Nürnberg wurde, einem kursächsischen Arbeitspapier zufolge, damit beauftragt, die Städte Frankfurt, Ulm, Augsburg und *Schwäbisch Hall* für das Bündnis zu gewinnen. Das kursächsische Ausschreiben ging über Nürnberg an Straßburg. Der Straßburger Stättmeister Jakob Sturm informierte dann die Ulmer Reichstagsgesandten, die ihrerseits ihre geheimen Räte benachrichtigten. Der alte Ulmer Bürgermeister Bernhard Besserer stellte an den Haller Rat in einem Geheimschreiben die Frage, „ob Ewrer W(eisheit) will und gemuete sein wöllte, sich mit gedachten unsern gnedigsten und gnedigen herrn, dem chur-, och andern fursten und stetten ains christenlichen verstands halb in verner underred einzulassen“¹³⁾. Im Gegensatz zu anderen oberdeutschen Reichsstädten, die Ulm mit ihrer Vertretung in Schmalkalden beauftragten, oder auch zur benachbarten Stadt Heilbronn verweigerten die Haller „aus bewegenden Ursachen“ eine endgültige Antwort, obwohl sie, wie sie sagten, von Herzen gar geneigt und begierig seien, daß Gottes Lob, Friede und Einigkeit gepflanzt werde. Hall separierte sich dadurch von den andern Reichsstädten. Die Stadt war bei der Schmalkaldischen Tagung im Dezember 1530 weder anwesend, noch durch Ulm oder eine andere Stadt vertreten. An der gemeinsamen aktiven Politik (Stellung zum Reichstag von Augsburg, weiteres Vorgehen, Frage der Wiedertäufer, Konzilsfrage) nahm Hall offiziell nicht teil. Gleichwohl war die Reichsstadt von der Schmalkaldischen Verhandlung und dem Abschied, der als höchste Geheimsache deklariert wurde, informiert, da Markgraf Georg von Brandenburg an Brenz eine Abschrift der gesamten Vorgänge schickte und ihn zu einer Tagung nach Ansbach berief, was ihm der Haller Rat „günstiglich“ erlaubte. Im Gefolge Nürnbergs hatte Hall bisher den Beitritt zum Schmalkaldischen Bund abgelehnt. Lazarus Spengler scheint die Haller bei den laufenden Angelegenheiten beraten zu haben; der Nürnberger Ratschreiber erhielt nämlich „auf Ratsbefehl“ 20 Goldgulden als Geschenk.

Die Stadt Ulm unterrichtete die oberdeutschen Nachbarstädte, die sie mit ihrer Vertretung in Schmalkalden beauftragt hatten, am 17. 1. auf einem ersten Städtetag von den Ereignissen der Schmalkaldischen Zusammenkunft. Schon am 2. 2. fand ein zweiter oberdeutscher Städtetag in Ulm statt. Bereits zum ersten Tag hatten Bernhard Besserer und die Ulmer Fünf Geheimen einen Vertreter Halls eingeladen, da um der Geheimhaltung willen nichts Schriftliches ausgehen durfte. Auch Hall sollte über die „sachen und handlungen (das haillig onzerstörlich wort gots belangend)“¹⁴⁾ befragt werden. Stättmeister und Rat vernahmen dies „zu sonderm dank und gefallen“ und sandten Hans Ott „des ewangeli halben“ zweimal nach Ulm¹⁵⁾. Nach einem Ulmer Verhandlungsbericht war auch Stättmeister Michel Schletz zweimal dort. Dieser ließ sich beim ersten Besuch die das Bündnis betreffenden Schmalkaldener Artikel schriftlich für den Haller Rat mitgeben und ritt nach der Beratung in Hall abermals nach Ulm, von wo aus er sich dann für 3 Wochen nach Nördlingen begab.

Auf dem 2. Ulmer Städtetag am 2. 2. sollten die Städte endgültig ihren Beitritt zum Schmalkaldischen Bund erklären. Hall verhandelte in Ulm mit den Ratsverordneten Weiprecht Ehinger und Daniel Schleicher ohne Erfolg, wie der Ulmer Verhandlungsbericht erkennen läßt.

Wie standen nun die Haller zu der politischen Lage? Was hatten sie inzwischen unternommen? Nach der Verweigerung des Augsburger Abschieds hatten sie im Alleingang an den Kaiser suppliziert und ihm folgendes Stillhalte-Angebot unterbreitet: Karl sollte es beim Speyrer Abschied belassen und den Hallern die Augsburger Ablehnung nicht verübeln („kain ungnad tragen“), dann „weren sy erbiettig, in die turckenhilf zu bewilligen, sich in derselben und allen andern des reichs anliegen halten und ercaizen als gehorsam underthan des reichs“¹⁶). Sie erhofften sich auf dieses Angebot eine positive Antwort. Eine Beteiligung am Evangelischen Bündnis lehnten sie deshalb ab. Sie glaubten, jeder könne in Friede und Einigkeit bis zu einem künftigen Konzil „bey dem seinen bleiben“.

Zur selben Zeit war Johannes Brenz — diesmal z. T. auf Ratskosten — nach Ansbach gereist, wo er sechs Wochen lang blieb, um mit den brandenburgischen Theologen über die Kirchenordnung zu beraten. Der Haller Rat war an einem guten Verhältnis zu Ansbach und Nürnberg mehr interessiert als an den Bundesverhandlungen. Boten gingen nach Nürnberg zu Spengler „der Kirchen gebrewch und ander ding halb“ und nach Ansbach „Kirchenordnung halb“. Brenz forderte nach seiner Rückkehr Abschriften der beratenen Kirchenordnung für die Haller Ratsherrn an, da „sie selbe ordnung von hertzen gern sehen und lesen wollten“¹⁷).

An den verschiedenen Tagungen des Jahres 1531 zu Schmalkalden (29. 3. — 4. 4.; 30. 8. — 2. 9.), zu Ulm (18. — 20. 5.; 22. — 23. 8.; 12. 12.), zu Frankfurt (4. — 11. 6.; 18. — 28. 12.) und zu Lindau (21. — 22. 10.) nahm Hall nicht teil. Dennoch ist die Verbindung nach außen auch jetzt nicht ganz abgerissen. Im Februar und im Juni/Juli war Michel Schletz (23 Tage und 26 Tage) in Nördlingen. Zu Nürnberg und Ansbach bestanden nach wie vor enge Kontakte. Mit den verbündeten Reichsstädten Rothenburg und Dinkelsbühl hielt die Stadt Hall regelmäßige Besprechungen ab. Konsultationsverbindungen hatte Hall auch zur Nachbarstadt Heilbronn¹⁸). Die Heilbronner luden damals Johannes Brenz aus Hall zu einer öffentlichen Disputation zusammen mit Zwinglianern ein; Brenz lehnte jedoch aus Abneigung gegen Zwinglis Lehre die Teilnahme ab: „man sollte nicht ackern zugleich mit einem Ochsen und Esel“.

Auf Dreikönig 1532 war ein Reichstag über die Türkenfrage nach Regensburg berufen worden, während dessen der Schwäbische Bund auch einen Bundestag abhielt. Stättmeister Michel Schletz war selbst 31 Tage lang dort; ebenso waren der Ratsherr Christoffel Has und Mertin Autenriets Sohn längere Zeit in Regensburg. In persönlichem Gespräch konnten sie sich über die laufenden Verhandlungen orientieren. Bereits war nämlich der nächste Bundestag der Schmalkaldener zur Verfassungsberatung und zu Ausgleichsverhandlungen nach Schweinfurt einberufen worden. Kurmainz und Kurpfalz sollten dort als Vermittler zwischen den Religionsparteien fungieren. Auf den beiden vorbereitenden Tagungen der oberdeutschen Reichsstädte in Ulm war Hall nicht vertreten. Die Schwaben berieten über

einen friedlichen Stillstand in Religionssachen bis zu einem künftigen Konzil und beschlossen, in politischen Fragen (Königswahl, Türkenhilfe, Unterhaltung von Reichsregiment und Kammergericht u. a.) sich der Reichstagsmehrheit anzuschließen. Ein Konzept, das auch Hall unterschreiben konnte. Boten gingen alsbald zwischen dem Tagungsort Schweinfurt und Hall hin und her. „Des Schweinfurter Tags halben“ schickte man auch nach Nürnberg¹⁹⁾ und teilte mit — was die Nürnberger sicher längst wußten —, daß man dem Kaiser „unser bekenntnus uff jungst gehalten reichstage zu Augspurg . . . in ainer sonder supplication“ übergeben hatte (es handelte sich um das Stillhalteangebot der Haller bis zu einem Konzil s. o.) Der Haller Rat begründete nochmals, warum er den Augsburger Abschied vor zwei Jahren nicht unterschrieben hatte: „dweyle der (abschied) im artickel den glauben betreffendt seer beschwerlich“, und erklärte, sich bis zu einem Konzil in geistlichen Dingen „aller redlichen und gotlichen mitteln . . . zu hailigen christlichen glauben belangend, zu Augspurg in schriften übergeben, eingelassen haben oder nochmals einlassen wurden“²¹⁾. Dies ist der erste Punkt, auf den der Mainzer Erzbischof und der Pfalzgraf in ihrer Antwort eingingen²²⁾: „Und ferner als im ersten artickel die stat Hall in Schwaben mit eingezogen, uber das der in hievor ergangen handlungen nit gedacht, wollen wir an die kay(serliche) M(ayestae)t gern gelangen“. Aus der letzten Antwort der Evangelischen ist ersichtlich, daß über die Aufnahme Halls in den Kreis der Protestierenden (nicht aber wohl in den der Schmalkaldener) mündlich verhandelt worden ist. Die Vermittlungsverhandlungen mit Mainz und der Pfalz sowie die Verfassungsberatungen wurden im Juni und Juli zu Nürnberg fortgesetzt. Brenz hatte sich schon im Mai über Spalatin die Akten des Schmalkaldener Tages besorgt, um sich für einen weiteren Theologentag zu Ansbach (Thema: Schweinfurter Vergleichsverhandlungen) vorzubereiten, auf den er vom Rat entsandt wurde. In Ansbach hat man wie in Schweinfurt und Nürnberg die Haller ausdrücklich zu den Bekennern der Augustana gerechnet.

Inzwischen kam der Haller Rat seinen Pflichten gegenüber Kaiser und Reich nach und rüstete sein Kontingent für den Türkenzug, nachdem entsprechende Abreden mit den Städten Heilbronn und Dinkelsbühl getroffen worden waren. Das Türkenthema beschäftigte übrigens die Schmalkaldischen ebenso wie die bündnisfreien Protestanten. Man stellte Überlegungen an, ob die Türkenkontingente der protestantischen Reichsstände nach Reichskreisen oder als besondere evangelische Truppe aufgestellt werden sollten. Nach dem Nürnberger Religionsfrieden vom 23. 7. 1532, in den Hall einbezogen war, stand jedenfalls einer planmäßigen Hilfe nichts mehr im Wege.

Bei den Nürnberger Verhandlungen der Schmalkaldener im Juni und Juli 1532 während des Reichstags nahmen nach den Haller Steuerrechnungen Johannes Brenz und der Stättmeister Michel Schletz²³⁾ teil. Die Ratsgesandten hatten sich zuvor auf dem Reichstag zu Regensburg²⁴⁾ aufgehalten und waren — einem Haller Ratsschreiben an Nürnberg zufolge — auf den 3. Juni nach Nürnberg beordert worden²⁵⁾. In Regensburg sollten die Haller derweil von den Nürnberger Gesandten vertreten werden; den dort befehlen, in „zeitlichen“ Dingen aber dem Kaiser nicht zu widerstreben.

Von dieser Haltung her hätten es die Haller bisher nicht für nötig erachtet, sich wegen der Religionsfrage mit andern Reichsstädten zu verbinden, sie hätten (so schreiben sie dialektisch) „die verwaltung solichs gotlichen handels“ Gott als dem alleinigen Beschirmer und Handhaber seines Wortes anbefohlen, was ihnen hoffentlich niemand verarge. Sie hätten aber gehört, daß auf der Schweinfurter Verhandlung, zu der sie nicht eingeladen worden waren, nur die Anwesenden in einen Vertrag aufgenommen werden sollten. Damit sie deshalb nichts versäumten, baten sie Nürnberg, weil sie sich dieser Stadt „die leere des evangelions betreffen“ immer angeschlossenen hätten, um Vertretung in Schweinfurt und um Aufnahme in einen eventuellen Vertrag oder Anstand — zumal man munkelte, daß sogar bekehrte Zwinglianer einbezogen werden sollten! Diesem Ratsschreiben lag ein noch vorhandener Entwurf von Johannes Brenz zugrunde²⁰⁾. Brenz hatte in dem Vorschlag an den Rat besonders auch den Gewaltverzicht gegenüber dem Kaiser als der „ordentlichen gottlichen oberkeit“ eingefügt, der beim mündierten Ratsschreiben jedoch wegblieb. Die Haltung der Haller anläßlich des Schweinfurter Tags mag zu der früher teilweise vertretenen Ansicht geführt haben, Hall sei 1532 dem Schmalkaldischen Bund beigetreten; und in der Tat ist das Haller Schreiben ein halber Aufnahmeantrag. Es erhärtet den bisher gewonnenen Eindruck: die Haller wollten einerseits die Vorteile des Bundes genießen, wollten dabei sein, sie wollten andererseits jedoch die Obrigkeit — sprich den Kaiser — nicht aufbringen und keinerlei Nachteile in Kauf nehmen: eine sehr ambivalente, jedenfalls keine sehr geschickte Haltung.

Nürnberg antwortete am 29. April 1532: es seien nur eindeutige Bündnis- oder Konfessionsverwandte nach Schweinfurt gerufen worden, es sei daher sehr unsicher, ob Hall hier und in Zukunft zugezogen werden könnte. Der Nürnberger Rat versprach jedoch, seine Gesandten mit der Wahrung der Haller Interessen zu beauftragen. Der Schweinfurter Tag brachte nicht die gewünschten Ergebnisse hinsichtlich der Bundesverfassung. Was diesen Tag dennoch zu einer wichtigen Angelegenheit machte, waren die Vergleichsverhandlungen zwischen den Religionsparteien, die von den beiden Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz vorangetrieben wurden. In der Stellungnahme der evangelischen Stände auf die Vorschläge der beiden Vermittler wird gleich eingangs „Hall in Schwaben“ namentlich unter den Städten genannt, „die sich der bekantnus, confession und apologi unsern noch anwesenden Martin Autenriet hat der Rat nach Hall zurückberufen²⁰⁾“. Zur Vorbereitung für die Nürnberger Tagung erhielt der Stättmeister die Schweinfurter Akten und Verträge, in die Hall „durch dero von Nurnberg anhalten und furderung auch eingeleybt worden“ war. Der Haller Rat nahm durch Nürnberger Boten alsbald den „Abschied der Religion halben“, den „Reichs-abschied“ und „etlich schriften der religion halben“ entgegen, war also über die Religionspolitik genauestens und laufend unterrichtet. Das Haller Türkenfähnlein war übrigens bald nach dem Nürnberger Religionsfrieden unter Philipp Schletz, Ludwig von Morstein und Wolf Hus über Nördlingen und Augsburg nach Wien abgerückt.

Die bisherige Politik des Haller Rates zeigt, daß die Verbindung Halls zu den Schmalkaldischen grundsätzlich immer — mit der den Hallern eige-

nen Zurückhaltung — aufrecht erhalten worden war. Auch die Schmalkaldener selbst hatten sich ständig um ein Zusammengehen bemüht: auf dem Bundestag im November 1532 zu Ulm, auf dem das Verhältnis der oberdeutschen schmalkaldischen Städte zum Schwäbischen Bund besprochen wurde, hat man denn auch wieder vereinbart, beim nächsten Tag des Schwäbischen Bundes mit den nichtschmalkaldischen evangelischen Städten zu sprechen. Es ging um das zentrale Thema der Erneuerung des Schwäbischen Bundes. Noch im selben Monat fand ein Wahltag des Schwäbischen Bundes in Ulm statt. Briefe, „die religion betreffend“, liefen zwischen Hall und Ulm hin und her. Michel Schletz war eine Woche lang in Ulm, bevor er für 37 Tage auf den Bundestag nach Augsburg reiste. Schletz war nachweisbar der aktivste Haller Politiker dieser Jahre — und wohl auch der fähigste.

Auf Schletzens Besuch hin bezog die schmalkaldische Vorstadt Ulm die Haller wieder verstärkt in die gemeinsamen Besprechungen ein. Ulm unterrichtete den Rat am 14. 12. 1532 über die Mission (Abschaffung der Religionsprozesse) des Jakob Kraft, der von den oberdeutschen schmalkaldischen Bundesstädten an den Kaiserhof abgefertigt war, und bat um Vollmacht in dieser Angelegenheit. Anfang 1533 schickten die Haller ihren Boten Klement Kircher mit der Antwort nach Ulm: man glaube nach reiflichem Bedenken, daß es „ganz unnotwendig“ sei, sich „in solich protestation einzulassen“ — eine glatte Absage an die gemeinsame Politik, um sich nicht das Mißtrauen, „clainen verdacht und allerlay widerwillen“ des Kaisers zuzuziehen ²⁷⁾. In Hall gab man das ganz offen zu.

Weit mehr als um die Politik der Schmalkaldener engagierte man sich in der Frage der „Erstreckung des Schwäbischen Bundes“. Die elfjährige Einung des Bundes zu Schwaben dauerte nur noch bis 1534 an, und man stand vor der Frage einer Erneuerung. Selbst die oberdeutschen schmalkaldischen Reichsstädte waren an einer Verlängerung des Bundes sehr interessiert — trotz der unaufhörlichen und massiven Einwirkungen des Landgrafen Philipp von Hessen auf diese Städte, besonders auf Esslingen und Ulm. Philipp teilte den oberdeutschen Städten mit, daß er selbst „in dem Schwoebischen Bunde zu pleiben nit gemaint“ wäre und sich mit Mainz, Trier und dem Pfalzgrafen verbündet hätte; zu dem Bündnis lud er Ulm und andere oberdeutsche Städte ein. Hall hielt sich in dieser Frage vorerst zu Nürnberg. Nach Nürnberg gingen ständig Boten ab „der bündnis erstreckung halb“. Lazarus Spengler wurde wieder konsultiert; aber auch mit Ulm hat man sich laufend besprochen. Den ganzen April 1533 über war der Stättmeister Michel Schletz auf dem Schwäbischen Bundestag in Augsburg, auf dem die oberdeutschen Schmalkaldener gesondert tagten. Schletz hatte Kontakt zu ihnen aufgenommen. Die Schmalkaldener beschlossen in Augsburg, „das sy die andern protestirenden stend och zu sich ziehen und mit inen reden und handeln wöllen, wie sich der relygion halb einzulassen sye ²⁸⁾“.

Die bereits aufgenommenen Verbindungen wurden verstärkt. Von dem am 25. 6.—3. 7. 1533 gehaltenen Bundestag zu Schmalkalden erhielten die Haller die Verhandlungsunterlagen zugesandt: Schmalkaldener und andere Protestierende hatten gemeinsam u. a. über die Konzilsfrage, die päpst-

lichen Konzilsartikel, die Religionsprozesse verhandelt und sich darauf geeinigt, Augsburg, Kempten, Weißenburg, Heilbronn, *Schwäbisch Hall*, Windsheim und Frankfurt zu unterrichten. Die jetzt immer häufiger stattfindenden Tagungen des Schwäbischen Bundes befaßten sich fast ausschließlich mit der Frage der Bündnisverlängerung. Hall fertigte jedesmal die fähigsten Leute zu den Bundestagungen ab: im August 1533 nahm wiederum der Stättmeister selbst, Michel Schletz, auf dem Augsburger Tag teil. Auch diesmal verhandelten gleichzeitig am selben Ort die oberdeutschen schmalkaldischen Reichsstädte. Wieder versuchte Landgraf Philipp Einfluß auf die „oberlendischen und evangelischen eynungsverwanten stede“ zu nehmen. Sein Vertreter Alexander von der Thann sollte mit den Städten dergestalt verhandeln, „das sie sich in die erstreckung des Schwobischen Bunds nit wolten einlassen, es werde dan herzog Ulrichen und herzog Christof zu Wirtemberg vortragen und inen das land zu Wirtemberg widder zugestellt“. Zu den Verhandlungen, die der Haller Stättmeister im August in Augsburg führte, hat er seinen Stadtschreiber zugezogen. Schletz und Matern Wurzelmann vertraten die Stadt Hall auch beim Schwäbischen Bundestag im Dezember 1533 und beim Städtetag im Januar 1534 zu Augsburg, auf denen ebenfalls die Oberdeutschen Schmalkaldener gesondert berieten: 19 Tage lang war der Stadtschreiber, 81 Tage lang Michel Schletz in Augsburg²⁹⁾. (Verhandlungspunkte: Württembergische Frage, Münzverhandlungen, Verlängerung des Bundes). An Lichtmeß 1534 ist der Schwäbische Bund erloschen. Wenig später, in der Woche nach Judica, fand ein Städtetag des ehemaligen Schwäbischen Bundes zu Ulm statt, auf dem sich 23 Städte einfanden, von denen 21 als evangelisch oder reformfreundlich galten. Als habsburgischer Gesandter war Heinrich Tresch von Buttlar gen. Langhess, in Hall als Verwandter der Herren von Vellberg kein Unbekannter, abgeordnet gewesen, der jedoch wegen des Todes seines Sohnes fernbleiben mußte. In Wien hatte man ein sorgsames Auge für die Vorgänge: man befürchtete einen Zusammenschluß der Städte untereinander ohne kaiserliche Genehmigung. Indessen wollten sich die städtischen Gesandten nur vor dem nächsten Gesamttag des ehemaligen Bundes besprechen, wie in dem — auch von Michel Schletz unterschriebenen — Abschied zu lesen ist.

Der für Augsburg geplante Tag des gewesenen Bundes, für den eine Fortsetzung gesucht wurde, fand im Juni 1534 statt. Der Haller Rat entsandte abermals seinen Stättmeister Schletz, diesmal ausdrücklich auch zu Verhandlungen mit den Schmalkaldenern: „umb erstreckung willen ains newen bunds und von wegen des landtgraffen aus Hessen und hertzog Ulrichs“³⁰⁾. Die kaiserlichen Kommissare drangen auf die Erneuerung des alten Bundes oder die Gründung eines neuen entsprechenden Bundes. Die Städteversammlung konnte sich nicht dazu verstehen, bevor die württembergische Angelegenheit nicht bereinigt war, ganz im Sinne des Landgrafen von Hessen, der inzwischen den geplanten Sonderbund mit den Rheinischen geschlossen und Württemberg erobert hatte.

Zeigte sich schon bisher, daß Hall durch die häufige Entsendung von Stättmeister, Räten und Beamten aktiv an der allgemeinen Bündnispolitik teilnahm, so fällt jetzt, nach dem Ende des Schwäbischen Bundes, eine noch

größere Aktivität der Haller auf: Man stand bündnislos da und mußte sich umsehen, bei möglichst geringen Pflichten wirksamen Anschluß zu gewinnen. Der Stadtschreiber ritt nach Heidelberg um „rottschleg“ und nach Speyer zum Kammergerichtsprokurator Dr. Ludwig Hierter „ainer protestacion halb die protestierten fursten und stett betreffend“³¹⁾. Es handelte sich um die Rekusation, welche die protestantischen Fürsten und Städte an das Kammergericht überwiesen hatten, wie auf dem Schmalkaldischen Bundestag zu Nürnberg (15. 5.—26. 5.) beschlossen. Boten reisten zu Hierter, „zu erfarn, was die uffrur der fursten bedewt und anders“³¹⁾: Man wollte sich über den Rheinischen Bund des Landgrafen informieren und beriet das neue kaiserliche Bündnis, war also grundsätzlich noch nach allen Seiten offen. Man besprach sich mit dem Heilbronner Rat. An Michel Schletz, der in Augsburg weilte, gingen mehrere Briefe aus, damit dieser sich dort um das Problem bemühte. Ebenso stand Hall in brieflichem Kontakt mit dem Nürnberger Ratsherrn Bernhart Baumgartner, der sich zu dieser Zeit ebenfalls in Augsburg befand³¹⁾. Wegen der württembergischen Sache kamen kaiserliche Mandate und Verhandlungsberichte in Hall an; „botten und fil personen“, die zwischen den Heerlagern hin- und hergingen, hat man in Hall gepflegt. Und als Herzog Ulrich in Stuttgart einzog, überbrachte ihm eine Haller Ratsdelegation — die Stättmeister Schletz und Konrad Büschler sowie der Stadtschreiber — eine in Nürnberg gearbeitete „schewren“ im Wert von 129 fl und 3 ort und 8 1/2 Mark schwer.

Das Verhältnis zu den Schmalkaldenern hatte sich inzwischen wesentlich positiver gestaltet. Zum Schmalkaldischen Städtetag in Esslingen (11. 11. — 14. 11. 1534) erhielten die Haller eine Einladung aus Stuttgart; sie schrieben zu. (Themen: Einstellung der Religionsprozesse am Kammer- und Rottweiler Hofgericht; Gewährung der alten städtischen Freiheiten; einzelne Religionsstreitigkeiten; Verlängerung des Schmalkaldischen Bundes; Kostenfrage). Dann trafen sich die oberdeutschen Schmalkaldener bereits wieder auf dem Tag des ehemaligen Schwäbischen Bundes zu Donauwörth im Januar/Februar 1535, wo immer noch um die Gründung eines kaiserlichen Nachfolgebundes gerungen wurde. Ein Bote meldete den Hallern die Ankunft des Kaisers Karl, König Ferdinands und vieler Bundesstände in Donauwörth; kurz darauf machte sich Michel Schletz auf den Weg dahin. Auf Dreikönig war das Treffen ausgeschrieben worden; von Sonntag nach Dreikönig bis zum grünen Donnerstag, also 75 Tage lang war Schletz in Donauwörth. Die Befürchtungen des Landgrafen von Hessen, die oberdeutschen Städte würden „sich in die erstreckung oder aufrichtung eins andern pundts begeben“, wurden vom Ulmer Altbürgermeister Bernhart Besserer nun doch zerstreut. Die nichtschmalkaldischen evangelischen Städte dagegen waren nach dem Ablauf des Schwäbischen Bundes schutzbedürftig und einem neuen kaiserlichen Bund nicht abgeneigt. Aber die Verhältnisse lagen keineswegs offen, da die seit 1533 in einem Dreierbund zusammengeschlossenen Reichsstädte Nürnberg, Augsburg und Ulm verschiedene Meinungen vertraten. Dennoch kam zu Donauwörth ein Neunjähriger kaiserlicher Bund zustande, dem ein Teil der evangelischen Städte (u. a. Nürnberg) beitrug. Andere — zu denen Hall gehörte — planten, ein Sonderbündnis mit König Ferdinand einzugehen.

Noch während Michel Schletz — er war dort erkrankt — in Donauwörth verweilte, fand im März 1533 in Esslingen ein Städtetag des Oberrheinischen und des Schwäbischen Reichskreises mit einer Sondertagung der schmalkaldischen Städtegesandten am 12. 3. statt. Als zum Schwäbischen Kreis gehörende Reichsstadt nahm Hall mit dem Stättmeister Konrad Büschler und dem Stadtschreiber Matern Wurzelmann an der Tagung „von der von Münster und ander sachen wegen“ teil. Dieser Städtetag war eigens wegen der Unruhen in Münster einberufen worden. In der Bündnisangelegenheit war es zwischen Ulm und Nürnberg zu gewissen Differenzen gekommen; die Ulmer versuchten, die Absonderungstendenzen von Nürnberg und von den Städten, „dero sich Nurnberg angenommen“³²⁾, zu unterbinden. — Wegen der Münsterunruhen besuchte Stättmeister Büschler anschließend einen Tag in Worms, bei welcher Gelegenheit er auch wieder den gemeinsamen Kammerprokurator Dr. Hierter in Speyer konsultierte.

In Donauwörth hatte man einen allgemeinen Städtetag des ehemaligen Schwäbischen Bundes auf April 1535 angesetzt, der von einem Städtetreffen am 21. 3. 1535 zu Ulm vorbereitet werden sollte. Von einer Teilnahme der Haller dabei ist nichts bekannt. Diese haben aber dennoch eine unerwartete Geschäftigkeit entfaltet. Die Ulmer Verhandlungen mit den evangelischen nichtschmalkaldischen Städten gaben wohl den Anstoß dazu. Vor dem Lauinger Tag (April 1535), wohl schon in Donauwörth, hatten sich die vier Reichsstädte *Nördlingen*, *Heilbronn*, *Dinkelsbühl* und *Hall* zu einem Interessenverband zusammengeschlossen, um gemeinsam zu beraten, welchem Bund — dem schmalkaldischen oder dem neuen kaiserlichen — man sich anschließen sollte. Seit dem ersten Quartal 1535 gingen unablässig Botschaften von Hall in diese Städte aus, „des newen bunds wegen“. Der Heilbronner Bürgermeister Hans Riesser konferierte auf einer Durchreise (nach Donauwörth) mit den beiden Haller Stättmeistern³³⁾. Auch nach Weimar zum Kurfürsten von Sachsen ritten Haller Staffetten „mit brieffen an kaiserlich mayestatt die religion und newen bund betreffend“. Das geschah vermutlich im Zusammenhang mit jener städtischen Gesandtschaft, die man in Esslingen beschlossen hatte, um von Sachsen eine klare Stellungnahme hinsichtlich der Bundespolitik zu erhalten.

Die Vier Städte — wie Heilbronn, Dinkelsbühl, Nördlingen und Hall in den Quellen genannt werden — die Vier Städte verhandelten im April 1535 auf dem Tag des ehemaligen Schwäbischen Bundes zu Lauingen an der Donau mit Augsburg und Ulm, so berichten die Augsburger Gesandten, Altbürgermeister Wolfgang Rehlinger, Baumeister Simprecht Hoser (Hesse) und Dr. Konrad Hel nach Hause. Sie vereinbarten ein Zusammengehen mit diesen „beden erbern stetten“. Für Hall hieß das: Aufgabe der engen Bindung zur Reichsstadt Nürnberg. Als Haller Abgeordnete nahmen Stättmeister Konrad Büschler und Stadtschreiber Matern Wurzelmann auf der Lauinger Bundesverhandlung (bei der es in erster Linie wieder „umb erstreckung willen ains newen bunds“ ging) 10 Tage lang teil. Die sechs Städte — Augsburg, Ulm, Nördlingen, Hall, Heilbronn und Dinkelsbühl³⁴⁾ — nahmen auf Hintersichbringen (vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Ratsgremien) folgende drei Artikel an:

1. Fester Zusammenhalt der Sechs und anderer umliegender Städte

Ausschluß der Religionssachen und nur nach gegenseitiger Konsultation.

2. Gesandtschaft der sechs und der von Ulm vertretenen Städte an König Ferdinand: Verhandlungen wegen eines Sonderbündnisses sowie Annahme des neuen (kaiserlichen) Bundes, jedoch nur unter zwischen Kaiser, König und den Städten auf der Basis des Nürnberger Friedens und mit der Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung.
3. Verbindung zu allen evangelischen Ständen; Geheimverhandlungen durch Straßburg und Ulm mit dem Landgrafen von Hessen.

Die Geheimen Räte zu Ulm wurden mit der Abfassung von entsprechenden Instruktionen an Kaiser und Landgraf beauftragt, die von den Sechsen und anderen Städten gebilligt werden sollten.

Die mit Ulm verbündeten Schmalkaldischen Städte nahmen die Instruktionen an, die Vier Städte lehnten sie „höflich und subtil“ vorerst ab³⁵⁾. Aber schließlich wurden die Gesandtschaften an die Fürstenhöfe abgeertigt und zwar mit Zustimmung von Heilbronn, Hall und Dinkelsbühl³⁶⁾. Der Augsburger Syndikus Dr. Konrad Hel wurde im Mai nach Wien geschickt und man versäumte nicht, den Hallern alsbald mitzuteilen, „was Dr. Konrad Hel am königlichen Hof gehandelt hat“. Nördlingen wird nicht erwähnt. Der Nördlinger Bürgermeister Wolf Graff hatte sich jedoch in Hall mit Stättmeister Konrad Büschler, mit Hans Ott, Jos Haug und dem Stadtschreiber beraten. Die Vier Städte entfalteten eine fast unglaubliche Betriebsamkeit: der Haller Stadtschreiber ritt zu einer Konferenz über das Viererbündnis zum Bischof von Augsburg nach Dillingen³⁷⁾. Von Rats wegen verhandelten die beiden Stättmeister, der Stadtschreiber und Gabriel Senft mehrere Tage lang mit den Gesandten der Verbündeten und dem Bürgermeister von Nürnberg in Hall. In der Woche Magdalene (18.—24. Juli) wurden Städtevertreter von Nürnberg, Dinkelsbühl und Heilbronn und der brandenburgische Kanzler Georg Vogler auf einem Städtetreffen in Hall feierlich empfangen³⁸⁾. Infolge der außerordentlichen Beanspruchung in dem Viererbündnis fand man in Hall wohl keine Zeit, auch noch den Tag der oberdeutschen schmalkaldischen und evangelischen Städte am 13. Juli in Worms zu besuchen. Die Haller kündigten den Tag beim Heilbronner Rat, in Dinkelsbühl und Nördlingen ab und gaben den Ulmer Gesandten Vollmacht für die Münsteraner Verhandlungen, um die es dort ging. Die Themen waren für Hall nicht akut. Man begnügte sich hier damit, von Ulm „den wurm(s)ischen abschied die von Munster betreffend“ anzufordern. Auf der Haller Städtekonferenz verhandelten für Hall die beiden Stättmeister Schletz und K. Büschler, Jos Haug, der Stadtschreiber Wurzelmann, Gabriel Senft, Hans Ott, Philipp Schletz und Michael Planck.

In Esslingen fand am 22.—25. 8. 1535 ein Schmalkaldischer Städtetag statt, auf dem über die Fürstengesandtschaften verhandelt und der Bundestag von Schmalkalden (6.—24. 12. 1535) vorbereitet wurde. In der Ulmer Instruktion dazu war vorgesehen, die oberländischen nichtschmalkaldischen Städte, vor allem Nürnberg, Frankfurt, Heilbronn, Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Rothenburg ob der Tauber (also die fränkischen Reichsstädte),

zum Beitritt aufzufordern „obwohl man sich der wylfarung bey Nurnberg wenig verspricht“³⁹⁾.

Wenig später, in der Woche Matthei (21. September), kam eine weitere Vierer-Konferenz (Nördlingen, Heilbronn, Dinkelsbühl, Hall) auf dem Rathaus in Hall zustande. Thema war der „newe bund“, diesmal nicht der kaiserliche, sondern der Schmalkaldische Bund, dessen Verlängerung in Esslingen beraten und der u. a. um die vier Städte erweitert werden sollte. Nürnberg war in Hall nicht dabei. Man schickte deshalb den Büchsenhans, einen der Haller reitenden Boten, „des tags halb zu Schma(l)kalden“, der auf Anfang Dezember angesetzt war, um Rat dahin; auch der Bote Wolf von Öttingen ritt nochmals „des bunds halben“ nach Nürnberg: man wollte sich der Nürnberger Haltung ganz sicher sein. Ebenso wurden mit dem Augsburger Bischof zu Dillingen abermals Verhandlungen aufgenommen.

Frankfurt gehörte, wie oben gesagt, zu dem Kreis der Städte, die die Schmalkaldener gerne in den Bund aufgenommen hätten. Hall hat durch Brenz wohl im Spätjahr 1535 Verbindungen mit Frankfurt angeknüpft⁴⁰⁾, gegenseitige Besuche beider Städte fanden statt. Auch mit Augsburg, besonders mit Dr. Hel, wurden wieder Beziehungen gepflegt. Frankfurt und Augsburg hatten dann noch vor dem Schmalkaldischen Bundestag um Aufnahme in den Bund gebeten. Als der Bundestag zu Schmalkalden (6. 12. bis 24. 12. 1535) gehalten wurde, war Hall nicht dabei. Auf der Versammlung selbst hat man die Verlängerung des Bundes beschlossen, dem Antrag, weitere Bundesmitglieder aufzunehmen, zugestimmt und die erste Bundesverfassung (die im September 1536 ersetzt wurde) angenommen.

Im Quartal Pauli Bekehrung — Georgi (25. 1. — 23. 4. 1536) ist in den Haller Steuerrechnungen die bisher größte Aktivität bezüglich des Viererbündnisses festzustellen. Im Februar besuchten Michel Schletz und der Stadtschreiber den Tag des ehemaligen Schwäbischen Bundes zu Ulm und Anfang März der Stadtschreiber allein zugleich im Auftrag von Heilbronn den Bundestag zu Lauingen, wo Bündnisprobleme erörtert wurden. Stafetten ritten ununterbrochen zwischen den vier Städten hin und her. Boten gingen nach Augsburg zu Dr. Hel und nach Hohenreichen bei Wettringen in Bayern, dem Sitz des Bundeshauptmannes Leonhard von Pappenheim (Adelsbank), mit dem ebenfalls das Vier-Städte-Bündnis erörtert wurde. Es scheint, daß die vier Verbündeten Kontakte nach allen Seiten geschaffen haben und nicht nur nach Schmalkalden, sondern immer noch auch zur kaiserlichen Seite hin offen und verhandlungsbereit waren. Im April und Mai vertraten Stättmeister Michel Schletz und Matern Wurzelmann Hall auf dem königlichen Bundestag zu Augsburg; die Schmalkaldischen Tage zu Ulm (16. 4. und 31. 5. bis 1. 6.) und Frankfurt (24. 4. bis 11. 5) dagegen besuchte Hall nicht, informierte sich jedoch auf das genaueste „des gehalten tags halben zu Frankfurt“, „der schmalkaldischen handlung halben“.

Gemäß den Intentionen des Frankfurter Bundesabschieds vom Mai 1536, den Bund für weitere Mitglieder zu öffnen, schrieb Landgraf Philipp von Hessen am 15. Juni 1536 an den Haller Rat, um ihn zur Teilnahme am Bund aufzufordern⁴¹⁾. Die Haller antworten (am 21. 6.) aufschiebend, da einige Ratsherren in Geschäften der Vier Städte verritten seien. Sie nahmen sofort Fühlung mit den verbündeten Städten auf; eine Viertagung in Hall⁴²⁾ be-

sprach die Angelegenheit. Man schickte Dr. Hel zu Verhandlungen „der vier stet wegen“ zu König Ferdinand. Auf den Augsburger Tag des ehemaligen Schwäbischen Bundes ritt der Heilbronner Bürgermeister Riesser zusammen mit dem Haller Stättmeister Schletz, nachdem Riesser in Hall zuvor mit Michel Schletz, Konrad Büschler, dem Stadtschreiber Wurzelmann und Philipp Schletzen Sohn konferiert hatte. Dies alles mag sich vor der endgültigen Antwort der Haller an Philipp von Hessen über den Beitritt in das „new uffgericht cristlich verstantnus“ abgespielt haben. Jetzt mußte die Entscheidung für oder gegen den Schmalkaldischen Bund, für oder gegen das neue kaiserliche Bündnis fallen. In dem Schreiben an den Landgrafen, dessen undatiertes Konzept vorliegt⁴³⁾, gaben sie ganz offen zu, daß sie eine zeitlang in Verbindung mit benachbarten Städten, gemeint ist der Viererbund, in Erwägung gezogen hatten, dem neuen kaiserlichen Bund näher zu treten (bei Ausschluß von Religionsachen und der geistlichen Jurisdiktion). Das Ende dieser Verhandlungen mit Kaiser und König wollten sie jetzt noch vor ihrer endgültigen Entscheidung abwarten. Sie teilten jedoch mit, daß sie grundsätzlich entschlossen wären, sich „in dergleichen verstantnus noch zur Zeit einzulassen“. Die Vier Städte beratschlagten die Angelegenheit gründlich, zogen auch wieder den Juristen Dr. Hel aus Augsburg zu. Man diskutierte besonders die Widerstandsfrage durch. In den Haller Akten finden sich dazu die Stellungnahmen der Wittenberger Theologen, besonders auch Luthers⁴⁴⁾. Brenzens Ratschlag „die Schmalkaldischen verstantnus bilangen“ aus dieser Zeit war für den Haller Rat von besonderer Bedeutung⁴⁵⁾. Es ging um die Frage, „ob ein Erbar Radt diser stadt sich in die schmalkaldisch verstantnus von wegen der sachen die religion belangendt mit gutem gewissen einlassen mög“. Brenz gutachtete, daß sich der Bund nicht gegen Gott und den Kaiser kehre und „gemeiner stadt zu friden und wolfart vast dienstlich“ sei. Das Evangelium müsse nicht mit dem Schwert beschirmt werden, Christus und sein heiliger Geist seien für sich selbst stark genug, „und wo sie gewalt bedörfen, finden sie wohl zwelf legion der engel, gegen welche beid, des keyseris und sanct Peters schwert, schlaffen gehn, nachdem ein einzeliger engel uff ein nacht hundert und fünf und achzig tausendt streitbarer männer erwürgen kan“. Sich in ein Glaubensbündnis einzulassen, sei ein göttlich Fürnehmen. Der Bund sei nicht gegen Kaiser und König, sondern für sie eingestellt, da er zum Frieden rate. Stelle sich das Gegenteil heraus, wäre das Bündnis — so Brenz — „de facto vor gott und der welt aufgelöst“. Mit Hall wäre es ohne das Bündnis (und ohne die Furcht der Evangeliumsfeinde vor ihm) bald aus; ohne den Schutz der Bundesverwandten fände sich auch in Hall sicher bald ein Schnapphahn, „der mit gemeiner stadt, yrgends von eins iar tags oder von einer ampel wegen, die sein vetter von Adam her gestift, ein vhedde anrichtet“. Ohne den Bund im Rücken müsse man sich darauf einstellen, zu rechten und zu fechten. Deshalb riet Brenz dem Haller Rat, „sich in die schmalkaldische bündntnus einzulassen“. Bevor die Ratsgesandten aber irgendetwas verbindlich zusagten, sollten sie die Vereinbarungen „in der eyl und still“ zur Beratung übersenden, „dann es möchten die capitel, wie doch nicht zu verhoffen, so verziert und so offenbarlich wieder den billichen gehorsam k(aiserlich)er M(ajestae)t gestellt sein, es wurde

einem Erbarren Radt vill ein anders zu thun gebühren⁴⁶. Ein weiteres Gutachten⁴⁶) bemerkt, daß ein Stillsitzen der Haller und die Absonderung von anderen Städten „in unwiderbringlich Verderben und servitut“ führe und weder Kaiser noch König noch sonst ein Potentat noch eine Stadt im Notfall Hilfe leiste (Beispiele aus der griechischen Geschichte wurden als Beweis herangezogen).

Der Widerstand des Gesamt-Rats gegen den Schmalkaldischen Bund ist nach 1536 mehr und mehr zurückgegangen, nachdem Brenz nochmals dringend darauf hingewiesen hatte, daß „die gefeherlichkeit des außenbleibens außerhalb der selben vereinigung vill und weit größer seyen, dann des einkommens“, und empfohlen hatte, „das ein Erbar Radt sich in dem namen gottes in die schmalkaldische verstentnus einlasse“⁴⁷). Hall wurde zu dem nächsten Schmalkaldischen Tage geladen; Christoffel Has und Brenz nahmen an der Februartagung 1537 in Schmalkalden teil; Schletz besuchte noch den Bundestag zu Donauwörth (März/April 1537), den Städtetag zu Ulm (Anfang April 1537) und den Bundestag zu Augsburg (Ende April 1537); Schletz, Has und Senft, auch der Stadtschreiber reisten das halbe Jahr in Religionsangelegenheiten zu Verhandlungen in die Partnerstädte. Seit 1536 jedoch war der Kurs klar. Man hatte sich in Hall für den Schmalkaldischen Bund, gegen das neue kaiserliche Bündnis entschieden. Auf dem Schmalkaldischen Tag zu Eisenach (24. Juli bis 9. August 1538) wurden Hall und Heilbronn in den Bund aufgenommen⁴⁸). Zunächst war damit der Friede hierzulande hergestellt, der nach Brenzens Worten „gar ein schöne feine Braut“ war, um die zu tanzen es sich lohnte.

Nach einem Vortrag anlässlich der Tagung des Vereins für Württembergische Kirchengeschichte am 26. April 1970 in Schwäbisch Hall.

A n m e r k u n g e n

- 1) Hartmann-Jäger, Johannes Brenz. Hamburg I 1840, II 1842. II S. 77.
- 2) WFr 50 (1966) S. 280 ff.
- 3) Hartmann-Jäger II S. 77 überschätzt m. E. Brenz' Einfluß in dieser Frage.
- 4) StadtA Hall 4/a 22; eine solche Information heißt z. B. „Stettmeister Michel Schletz gen Augspurg umb erstreckung willen eines newen bunds“ (1534).
- 5) Georg Lenckner: Autographa Brentiana. WFr 49 (1965) S. 3 ff.
- 6) Ekkehart Fabian: Die Entstehung des Schmalkaldischen Bundes und seiner Verfassung 1524/29 bis 1531/35. Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte I (SKRG) 1962² S. 41 ff.
- 7) 4/a 21 1529/30 Nr. 413 Der Nürnberger Gesandte hatte in seine Heimatstadt berichtet, daß die Gesandtschaft der protestierenden Stände in Wien verhaftet worden war; Fabian SKRG I² S. 66.
- 8) Michel Schletz besuchte einen Wahltag zu Ulm zusammen mit dem Stadtschreiber und den Ulmer Bundestag vom 10.—25. Nov.; Antoni Hoffmeister und Hans Ott nahmen am 25. 11. am Tag der Reichsstände zu Esslingen teil.
- 9) Corpus Reformatorum I S. 197; Hartmann-Jäger I S. 243 s. dort auch die Stelle: „Wenn sie fortfahren, so schläfrig, so sicher, so gleichgültig gegen die nahe Gefahr zu sein, so mögen sie zusehen, daß sie mich nicht vielmehr vertreiben als zurückrufen.“

- 10) Württ. Geschichtsquellen I 1894 S. 253.
- 11) Hartmann-Jäger I 234.
- 12) Hartmann-Jäger I 272.
- 13) Fabian, Entstehung SKRG I² S. 130.
- 14) Ekkehart Fabian: Die Beschlüsse der Oberdeutschen Schmalkaldischen Städtetage I (BOSS I) 1959. S. 79.
- 15) 4/a 21 1531 Nr. 418.
- 16) BOSS I S. 91.
- 17) Pressel XXIX; vgl. 4/a 21 1531 Nr. 419: „dem kanzler zu Onspach für die Kirchenordnung, die er dem prediger geschickt hat, geschenkt 8 fl“. Die gedruckte Kirchenordnung befindet sich heute noch in der Haller Ratsbibliothek.
- 18) „Filpslin gen Hailprun an rat des ewangeliums halber“ 4/a 22 1531/32 Nr. 422.
- 19) 4/5246 f 66. Schreiben vom 26. April 1532.
- 20) Lenckner, Autographa S. 5.
- 21) 4/5246 S. 78.
- 22) 4/5246 S. 83.
- 23) 4/a 22 1532 Nr. 424 „dem prediger gen Nürnberg geritten der Kirchenordnung halben.“
- 24) 4/42 Zum Regensburger Reichstag wollte Karl V. über Hall reisen; der Haller Rat schrieb an den pfälzischen Kanzler Dr. Venninger und an Ludwig Wetzel, dies wäre für Hall „ain sondere hohe fraide“, aber für die „claine arme stat“ doch eine zu große Aufgabe.
- 25) 7. Juni 1532; 4/5246 f. 94.
- 26) 4/5246 f. 96; Beilage zum Schreiben v. 7. Juni an Michel Schletz „Auch lieber Stetmaister. Wolltest Martin Autenrieden jetzo herhaim zuzihen abvertigen. Und so der tag zu Nurmberg sein entschaft erlangt, selbst auch herhaim und nit wider one unser vorwissen gen Regensburg reyten.“
- 27) BOSS II 163, 164. Haller Schreiben an Ulm v. 19. 3. 1533. StadtA Ulm Best. 1205 (Schmalk. Bund) f. 560.
- 28) BOSS III 82.
- 29) 4/a 22 1534 Nr. 426.
- 30) 4/a 22 1534 Nr. 427.
- 31) 4/a 22 1534 Nr. 427.
- 32) BOSS III 189 ff; genannt werden Nördlingen, Heilbronn, Dinkelsbühl, Donauwörth. Ich nehme an, daß auch mit den Hallern diesbezüglich Gespräche geführt wurden. Mit den genannten Städten, außer mit Donauwörth, hat sich Hall kurz darauf eng verbündet. Doch berichten weder die Ulmer Gesandten (BOSS III 195 ff) noch der Ulmer Fünferschreiber Sebastian Aitinger (ebda 199 ff) von Ulmer Gesprächen mit Hall.
- 33) 4/a 23 1535 Nr. 434 „als der Riesser von Hailpronn hie gewesen gen Werd reiten wollen, bede stettmaister mit inn verzerret und geselschafft gelaist ...“
- 34) in der Reihenfolge des Abschieds vom 27. 4. 1535 — BOSS III 208 ff —, den die Gesandten Rehlinger, Hesse und Dr. Hel für Augsburg, Georg Besserer und Hieronimus Schleicher für Ulm, Wolfgang Graff für Nördlingen und Wurzelmann und Büschler für Hall, Hans Steinmetz für Heilbronn und Matthias Reser (Röser) für Dinkelsbühl unterzeichneten.
- 35) BOSS III 225.
- 36) BOSS III 228.
- 37) 4/a 23 1535 Nr. 436; er traf sich alsdann auf einem Bundestag in Ingolstatt mit dem Nördlinger Bürgermeister. Ununterbrochene Beratungen der Städte untereinander, aber auch mit Ulm und Nürnberg und mit dem kaum in Erscheinung tretenden Rothenburg fanden statt.
- 38) 4/a 23 1535 Nr. 436 „als ein erbar ratt in der wuchen Magdalene zway reh und zwien salmen mitainander gessen und die von Nürnberg, Dinkelspuhel, Heilpronn und Jorg Fogler mit sampt iren knechten und anderen iren gesten zu gast gehabt und ainer ieglichen ratz herren frawen ain stuck salmen, zwien weck und ain moß weiß dorvon geschickt, kost alles 39 fl 6 β 2 h.“
- 39) BOSS III 276.
- 40) 4/a 23 1535/36 Nr. 437 „Philips Rüprechten gen Franckfur(t) zum brediger.“
- 41) 4/5246 f. 231; „Landgraff zu Hessen an Hall, will ein E. Rat in die Schmalkal-

dische verein befürdern.“

- 42) 4/a 23 1536 „süssen wein uffs haus als 4 stet hie sein gewest.“
- 43) 4/5246 f. 233.
- 44) 4/5246 f. 236 ff.
- 45) Text nach 4/5246 f. 238 ff bei Lenckner, Autographa S. 7 ff.
- 46) 4/5246 f. 242 ff.
- 47) 4/5246 f. 251; Lenckner, Autographa S. 12.
- 48) 4/5247 f. 397.